

## Neue Presse

Neue Presse Redaktion GmbH & Co. KG  
August-Madsack-Straße 1, 30559 Hannover

www.neuepresse.de  
np@neuepresse.de

Telefon: (05 11) 5101 - 0

Herausgeber:

Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG  
Geschäftsführung: Thomas Düffert (Vors.),  
Bernhard Bahners, Adrian Schimpf

### CHEFREDAKTEUR

Carsten Bergmann, Sven Holle (Stv.)  
Mail: chefredaktion@neuepresse.de

### CHEF VOM DIENST

Zoran Pantic, Harald Thiel

### PRODUKTIONSLEITUNG

Sönke Lill

### REPORTERCHEF

Fabian Mast

### NEWSDESK

Katharina Klehm, Verena Koll,  
Michael Lange, Christian Lomoth,  
Martin Voss

### GRAFIK

Sigrun Fleischhauer

### SPORT

Jonas Freier (Koordination), Uwe von Holt

### MARKETING

Christoph Dannowski

### KULTUR

Stefan Gohlisch

### LEBEN & MENSCHEN

Andrea Tratner

### FOTO

Rainer Dröse

### REPORTER

Ulrich Bock, Christian Bohnenkamp,  
Mirjana Cvetkovic (Gesellschaft),  
Stefan Dinse, Jonas Gress, Christoph Hage,  
Ralph Hübler, Maika Jacobs, Josina Kelz,  
Simon Lange, Britta Mahrholz,  
Thomas Nagel, Petra Rückert,  
Dirk Tietenberg, Andreas Voigt,  
Eric Zimmer

### SEKRETARIAT

Telefon: (0511) 5101 - 2265

Mail: hannover@neuepresse.de

Die **Neue Presse** ist Partner im  
**RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND)**.

### Chefredakteur:

Eva Quadbeck

**Mitglieder der Chefredaktion:** Manuel Becker,  
Stefanie Gollasch, Christoph Maier

### Anzeigen:

Günter Evert (verantwortl.)

### Verlag:

Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG

### Kleinanzeigenaufnahme Privatkunden:

(08 00) 123 44 01\*, www.neuepresse.de

### Kleinanzeigenaufnahme Geschäftskunden:

(08 00) 123 44 02\*, www.neuepresse.de  
Fax Kleinanzeigen: (08 00) 123 44 10\*

### Abonnenten-Service:

(08 00) 123 43 04\*

Fax Abo-Service: (08 00) 123 43 09\*

\*kostenlose Servicenummer

Die **Neue Presse** erscheint werktäglich.

**Monatlicher Bezugspreis** bei Lieferung durch  
Zusteller für die gedruckte Zeitung 49,90 € im  
Monat (einschl. Zustellkosten und Mehrwert-  
steuer, inkl. E-Paper 53,90 €). Der Preis bei  
Lieferung durch die Post liegt bei 60 € (inkl.  
E-Paper). Der monatliche Preis für das E-Paper  
inklusive NP+ liegt bei 37,90 €.

Abonnements können täglich mit einer  
Monatsfrist gekündigt werden.

Im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des  
Arbeitsfriedens kein Entschädigungsanspruch.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird  
keine Gewähr übernommen. Rücksendungen  
nur, wenn Porto beiliegt.

Erfüllungsort und Gerichtsstand ist für das  
Mahnverfahren und im Verkehr zu Vollkäufern  
Hannover.

Alle Rechte vorbehalten.

Die Zeitung ist in allen ihren Teilen urheber-  
rechtlich geschützt. Ohne vorherige  
schriftliche Genehmigung durch den Verlag  
dürfen diese Zeitung oder alle in ihr  
enthaltenen Beiträge und Abbildungen weder  
vervielfältigt noch verbreitet werden. Dies gilt  
ebenso für die Aufnahme in elektronische  
Datenbanksysteme und die Vervielfältigung  
auf CD-ROM.

Leserbriefe stellen nicht die Meinung der  
Redaktion dar. Das Recht auf Kürzungen bleibt  
vorbehalten.

Gültige Mediadaten unter  
np.mediadaten.online

### Druck:

Oppermann Druck- und  
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG,  
Gutenbergstraße 1, 31552 Rodenberg

Hier geht

es zur

NP-App:



# „Kein stringentes Verfahren“

Seit neun Monaten ist bekannt, dass Enercity eine neue Geschäftsführung braucht – doch der Aufsichtsrat hat bisher keine Nachfolge für Ex-Chefin Susanna Zapreva gefunden



**NOCH NICHT ERSETZT:** Die ehemalige Enercity-Chefin Susanna Zapreva hat Hannover verlassen. Das Unternehmen wird derzeit von Finanzvorstand Marc Hansmann (links) und Arbeitsdirektor Dirk Schulte (rechts) geführt.

Foto: Enercity AG

VON ANDREAS SCHINKEL

**HANNOVER.** Jedes Jahr schüttet der Energiekonzern Enercity einen zweistelligen Millionenbetrag an die Stadt Hannover aus. Das Geld ist eine feste Bank für die Kämmererei und hilft, Haushaltslöcher zu stopfen. Aber nicht nur deswegen zählt Enercity zu den wichtigsten Unternehmen der Stadt. Enercity soll die Energiewende in Hannover maßgeblich vorantreiben. Mehr als 8 Milliarden Euro beträgt der Jahresumsatz des Unternehmens. Trotz dieser immensen Bedeutung hat es eine eigens gegründete Findungskommission innerhalb von neun Monaten nicht geschafft, eine Nachfolge für die inzwischen ausgeschiedene Enercity-Chefin Susanna Zapreva zu finden. Woran liegt das? Ein Blick hinter die Kulissen eines kommunalen Konzerns.

Die Stadtverwaltung will sich zu den Verzögerungen

bei der Managersuche nicht äußern und verweist auf Enercity. Ein Sprecher des Unternehmens bleibt eine Antwort schuldig. Er verweist auf „Geschäftsgeheimnisse“ und teilt mit, dass „noch keine endgültige Entscheidung hinsichtlich der Nachfolge der CEO getroffen wurde“. Der Aufsichtsrat befindet sich weiterhin im Evaluierungsprozess, um sicherzustellen, dass die „bestmögliche Führungsperson für diese Personalie ausgewählt“ werde. Im Grunde eine Selbstverständlichkeit.

Wer sich im Unternehmen und in Kreisen des Aufsichtsrats umhört, bekommt eine Ahnung davon, woran es hapert. Klar ist, dass sich niemand offiziell zu Personalangelegenheiten und Geschehnissen im Aufsichtsrat äußern will.

„Das gesamte Besetzungsverfahren ist nicht stringenter geführt worden“ – diesen Satz hört man von Beteiligten immer wieder. Die

Fäden laufen bei der Aufsichtsratschefin Anja Ritschel (Grüne) zusammen. Sie hat bereits im Frühjahr vergangenen Jahres, als offiziell bekannt wurde, dass Zapreva Hannover verlassen würde, eine Findungskommission gebildet.

Darin sitzen Vertreter von Anteilseignern, unter anderem der Stadt Hannover, aber auch Vertreter des Betriebsrats. Das heißt konkret, dass Ratspolitiker verschiedener Parteien sowie Gewerkschafter ein Wörtchen mitreden wollen, wer künftig eines der wichtigsten Energieunternehmen in Deutschland führen soll.

So haben sich die Grünen gewünscht, dass eine Frau den Chefposten bekleidet, möglichst eine, die den Grünen nahesteht. Vertreter des Betriebsrats setzten eigene Prioritäten und sollen diese auch mit Vehemenz vorgetragen haben. „Das alles hat manchen vielversprechenden Kandidaten abge-

schreckt“, ist aus Kreisen der Kommission zu hören. Tatsächlich soll es mehrere aussichtsreiche Bewerberinnen und Bewerber gegeben haben, die es bis in die Vorstellungsrunden schafften. Doch am Ende lehnten alle dankend ab.

„Die politischen Anforderungen waren zu hoch, und zu viele Leute durften mitreden. Die Aufsichtsratschefin hätte eingreifen müssen“, findet ein Beteiligter. Vermutlich haben auch die Querelen innerhalb der rot-grünen Koalition und der Bruch des Bündnisses ihren Teil dazu beigetragen, dass die politischen Vertreter in der Findungskommission kaum noch an einem Strang zogen.

Als absehbar wurde, dass die Findungskommission Schwierigkeiten hat, eine Entscheidung zu fällen, hätte sich Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) einschalten müssen, finden Mitglieder des Aufsichtsrats. Onay habe sich insgesamt zu wenig für

Zapreva und die Enercity-Führung interessiert, moniert ein Aufsichtsratsmitglied. „Die Stadtspitze hätte Zapreva möglicherweise sogar bewegen können, hierzubleiben“, meint das Mitglied. Zapreva habe Anerkennung seitens der Stadtspitze vermisst, und absiege Diskussionen im Aufsichtsrat seien ihr zunehmend auf die Nerven gegangen.

Mehrere Mitglieder des Aufsichtsrats bestätigen folgende Anekdote: Vorstandschefin Zapreva präsentierte in einer Sitzung des Gremiums Werbeposters für eine Enercity-Kampagne. Bedenken äußerten die Grünen. Ein Werbefoto, das eine junge Frau im Feinripphemd zeige, sei sexistisch.

Ob sich Zapreva hätte bewegen lassen, in Hannover zu bleiben, ist unklar. Ihr neuer Posten im Vorstand des größten österreichischen Energieunternehmens – noch dazu in ihrer alten Heimat Wien – dürfte durchaus

Anziehungskraft ausgeübt haben. Klar ist aber, dass sie bei Enercity eine große Leerstelle hinterlassen hat, die die Stadtspitze bisher nicht füllen konnte.

Ursprünglich soll Aufsichtsratschefin Ritschel die Idee für eine Interimslösung geäußert haben. Marc Hansmann (SPD), Finanzvorstand bei Enercity, sollte Geschäftsführer werden und eine junge Managerin aus dem Unternehmen so einarbeiten, dass sie später die Leitung übernehmen kann. Das habe Onay nicht gewollt, heißt es aus dem Aufsichtsrat. Möglicherweise ist die Konkurrenz im OB-Wahlkampf – Hansmann war Kandidat der SPD – noch allzu präsent gewesen.

Dennoch ist es jetzt so, dass Hansmann zusammen mit Arbeitsdirektor Dirk Schulte die Enercity-Geschäfte führt. Dem Unternehmen nach soll es inzwischen wieder einen vielversprechenden Kandidaten geben.

## 8500 Menschen gegen die AfD

Demonstration findet riesigen Anklang in Linden. Sonnabend geht's weiter.

VON PETRA RÜCKERL

**HANNOVER.** Es sind längst nicht nur „Omas“, die sich am frühen Dienstagabend in Linden an der Ecke Kötnerholzweg/Limmerstraße versammeln, um gegen Rechtsextremismus zu demonstrieren. Die „Omas gegen Rechts“ haben gemeinsam mit dem Bündnis „Auf die Plätze“ dazu aufgerufen, Flagge gegen rechtsextreme Pläne von der sogenannten „Remigration“ – übrigens jetzt schon Unwort des Jahres – zu zeigen. Auch viele junge Leute, Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, gehen mit. Ihnen geht es darum, die Demokratie zu verteidigen.

Linden ist voll mit Menschen, die sich gegen rechts positionieren – Polizeihauptkommissarin Sandra Rottmann freute sich, dass die Demo so friedlich geblieben ist. 8500 Menschen zählte die Polizei letztlich. „Ich will nicht, dass meine Kinder im Faschismus aufwachsen“, sagt eine junge Mutter. Die Ustra-Linie 10, die sonst durch die Limmerstraße fährt, hat den Betrieb vorerst eingestellt.

Franziska Kühne will nicht, dass die AfD für sie spricht. „Seit neun Jahren sprechen sie vermeintlich vom und für das Volk,

wie sie meinen. Jetzt wird es Zeit, dass das Volk aufsteht und denen zeigt, dass sie eben nicht für das Volk sprechen.“ Lisa (29), Celia (26) und Enora (18) finden die „immer extremistischeren Ausprägungen in Deutschland besorgniserregend. Man hatte gar keinen Überblick mehr, wie viel Solidarität noch existiert und nun ist es so schön, diese vielen Menschen hier zu sehen“, sagen sie am Küchengarten, wo der Marsch

gegen rechts endet. Sprecherin Uta Saenger sagte: „Diese Pläne alarmieren uns. Sie zeugen von völkischem, rassistischem und nationalistischem Denken.“ Und sie ist sich sicher: „Wir wären mit die Ersten, die deportiert würden, denn wir gehören zu den missliebigen Personen. Das muss allen klar sein.“

Werner Musterer, der die Demonstration für „Auf die Plätze“ angemeldet hat, gab den

Menschen auf der Demonstration Folgendes mit auf den Weg: „Die Zivilgesellschaft muss Flagge zeigen, auch nach dieser Demo dürfen wir uns nicht auf die Hoffnungen verlassen, die Politik wird schon alles richten. Wir müssen Haltung zeigen, jeder individuell.“

Musterer weiß, dass viele Menschen sich ins Private zurückgezogen haben durch die vielfältigen Krisen. Die AfD bietet „Lösungen“ an, die keine seien, aber zutiefst undemokratisch sind. „Die Zivilgesellschaft muss jetzt Flagge zeigen“, sagte er.

Es wird nicht die einzige Demonstration bleiben. Am Sonnabend, 20. Januar, hat der Freundeskreis Hannover für die Initiative „Bunt statt Braun“ eine Kundgebung angemeldet. Motto: „Hannover zeigt Haltung gegen Rechts und für die Demokratie“.

Von 14 Uhr bis 16 Uhr sollen auf dem Opernplatz Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne), Regionspräsident Steffen Krach (SPD), Ex-Bundespräsident Christian Wulff (CDU), Landesbischof Ralf Meister und Yasmin Fahimi, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), sprechen.



**PROTEST IN LINDEN:** Rund 8500 Menschen gehen gegen rechts und die AfD auf die Straße.

Foto: Katrin Kutter

## SPD fordert Erhalt von Kleingärten

**HANNOVER.** Soll ein Teil der zahlreichen Kleingärten in Bauland umgewandelt werden? Oder braucht Hannover sogar mehr Parzellen, weil die Nachfrage steigt? Um solche Fragen geht es derzeit, wenn die Stadt Hannover mit dem Bezirksverband der Kleingärtner über ein neues Kleingartenkonzept verhandelt. Die SPD hat sich dazu jetzt positioniert. Bei ihrem Parteitag am Wochenende haben die Sozialdemokraten beschlossen, dass bestehende Kleingärten „nicht umgewandelt oder reduziert, sondern erhalten und wenn möglich erweitert werden.“

Nach Angaben der Stadt gibt es in Hannover derzeit rund 19.500 Kleingärten. Das Gros der Parzellen, rund 14.500, befindet sich auf stadteigenen Grundstücken. Der Bezirksverband der Kleingärtner ist Generalpächter für die Parzellen. In einer Stadt, deren Bevölkerung wächst und in der Wohnungen knapp sind, wecken Kleingartenkolonien Begehrlichkeiten. Sollen Parzellen weichen, um Wohnraum zu schaffen? Oder ist der Schutz von Grünflächen dringender? Um solche Interessenkonflikte zu lösen, hatten sich Stadt und Bezirksverband 2016 auf einen Plan geeinigt, wo Kleingärten weichen sollen, wo neue geschaffen werden und an welchen Stellen Kolonien modernisiert werden. Jetzt läuft das Abkommen aus. asl